

IfW-Box 2013.1

Zu den automatischen Budgetkürzungen in den Vereinigten Staaten

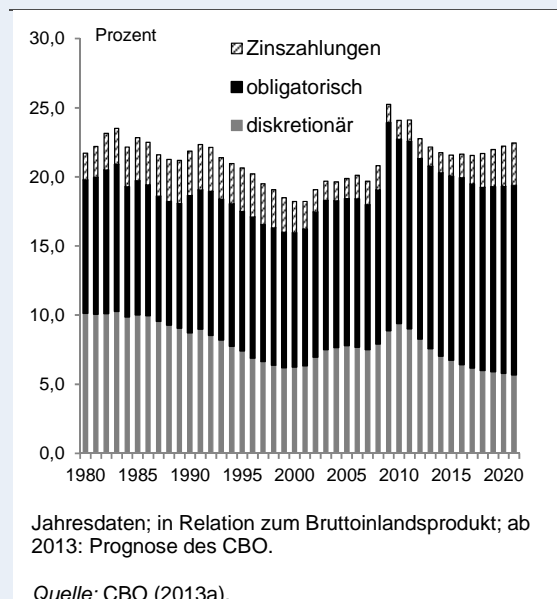
Nils Jannsen

Zum 1. März sind automatische Budgetkürzungen in den Vereinigten Staaten in Kraft getreten. Sie waren ursprünglich für den 1. Januar vorgesehen, wurden jedoch vor dem Hintergrund der fiskalischen Straffung im Rahmen des „fiscal cliff“ zu Jahresbeginn zunächst für 2 Monate ausgesetzt. Insgesamt umfassen die automatischen Budgetkürzungen im laufenden Jahr ein Volumen von rund 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die automatischen Budgetkürzungen sind Teil eines Gesetzes (Budget Control Act) zur Eindämmung des Anstiegs der staatlichen Ausgaben von 2012 bis 2021, das im Rahmen der Einigung über die Erhöhung der Schuldenobergrenze im Jahr 2011 beschlossen worden war. Die Umsetzung des Gesetzes erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden, beginnend für das Haushaltsjahr 2012, Obergrenzen für einen Großteil der diskretionären Ausgaben für den Zeitraum von 2012 und 2021 festgesetzt. Diese wurden ausgehend von Basisprojektion, in denen diese diskretionären Ausgaben mit der Inflation zugenommen hätten (real also konstant geblieben wären), so festgelegt, dass sich für den gesamten Zeitraum geringere Ausgaben von insgesamt rund 0,9 Bill. US-Dollar ergeben (CBO 2011). Im zweiten Schritt sollte eine Kommission zusammengesetzt aus Mitgliedern beider Parteien bis zum Ende des Jahres 2011 eine Einigung über zusätzliche Kürzungen erzielen. Da sich die Kommission nicht auf einen Kompromiss verständigen konnte, kommt es stattdessen zu automatischen Kürzungen der Ausgaben in Höhe von insgesamt 1,2 Bill. US-Dollar, die nun seit 1. März vorgenommen werden.^a

Die automatischen Kürzungen machen rund 2,5 Prozent der von 2013 bis 2021 ursprünglich vorgesehenen Ausgaben aus. Das Gesamtvolumen setzt sich aus rund 1 Bill. US-Dollar an tatsächlichen Kürzungen und rund 0,2 Bill. US-Dollar an Einsparungen aus dem daraus resultierenden niedrigeren Schuldendienst zusammen. Da die Kürzungen zu gleichen Teilen über die Jahre verteilt werden sollen und sich nur auf bestimmte Ausgabenposten und vor allem auf diskretionäre Ausgaben beziehen (etwas mehr als 80 Prozent der Kürzungen sollen bei diskretionären Ausgaben vorgenommen werden), kommt es im Jahr 2013 bei einzelnen Posten teilweise zu relativ hohen Ausgabenkürzungen. So werden die Verteidigungsausgaben, auf die sich die Hälfte der Kürzungen beziehen, im Jahr 2013 um rund 8 Prozent gekürzt (CBO 2012). Innerhalb der Ausgabenposten werden die Kürzungen zu gleichen Anteilen vorgenommen („Rasenmäher-Methode“). Dies dürften Gründe dafür sein, dass die automatischen Kürzungen trotz ihres vergleichsweise moderaten Volumens in der öffentlichen Wahrnehmung eine relativ große Rolle spielen. Alles in allem tragen die automatischen Kürzungen sowie die zuvor eingeführten Ausgabenobergrenzen dazu bei, den Anstieg der diskretionären Ausgaben zwischen 2013 und 2021 zu begrenzen und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sogar von mehr als 8 Prozent im Jahr 2012 auf unter 6 Prozent im Jahr 2021 zurückzuführen (Abbildung 1). Auch das gesamte Ausgabenvolumen nimmt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vorübergehend etwas ab, da die obligatorischen Ausgaben, wie z.B. Ausgaben für Sozialleistungen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vorerst kaum zulegen dürften. Grundsätzlich sind undifferenzierte Kürzungen gemäß der „Rasenmäher-Methode“ zwar nicht optimal. Allerdings sind bei der gegenwärtigen politischen Lage differenzierte Kürzungen wohl nicht umsetzbar, so dass die notwendige Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite derzeit wohl nur nach dieser Methode durchgeführt werden kann.

Abbildung 1:
Ausgaben des Bundes in den Vereinigten Staaten 1980–2022



Die automatischen Kürzungen werden den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr laut Schätzungen des CBO um rund 0,6 Prozentpunkte dämpfen (CBO 2013b). Wir gehen davon aus, dass die Auswirkungen etwas geringer ausfallen werden, da wir die entsprechenden Multiplikatoren etwas niedriger einschätzen als das CBO. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass im vergangenen Jahr mit der Einführung der Ausgabenobergrenzen im Rahmen des ersten Teils des „Budget Control Acts“ ein beträchtlicher Teil der Einsparungen durch „Luftbuchungen“ bei ohnehin bereits eingestellten Investitionsvorhaben vorgenommen werden konnte, so dass es zu keiner tatsächlichen Dämpfung der Konjunktur kam. Die Möglichkeit, weitere Kürzungen kurzfristig konjunkturneutral durchzuführen wird zwar mit der Zeit deutlich abnehmen. Gleichwohl dürften die konjunkturellen Effekte dadurch wohl auch im laufenden Jahr noch etwas gemildert werden. Im kommenden Jahr werden die Kürzungen noch einmal ein leicht höheres Volumen umfassen, da die Kürzungen im laufenden Jahr für zwei Monate ausgesetzt worden waren. Dies wird jedoch aufgrund des geringen Volumens keine sichtbaren Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt haben.

^aIn der Folge wurde die Schuldenobergrenze entsprechen dem geringeren Einsparvolumen nicht auf 16,7, sondern 16,4 Bill. Dollar erhöht.

Literatur

- CBO (Congressional Budget Office) (2011). Estimated Impact of Automatic Budget Enforcement Procedures Specified in the Budget Control Act. Via Internet (6. März 2013) <<http://www.cbo.gov/sites/default/files/cbofiles/attachments/09-12-BudgetControlAct.pdf>>.
- CBO (Congressional Budget Office) (2012). An Update to the Budget and Economic Outlook: Fiscal Years 2012 to 2022. Via Internet (4. September 2012) <<http://www.cbo.gov/publication/43539>>.
- CBO (Congressional Budget Office) (2013a). An Update to the Budget and Economic Outlook: Fiscal Years 2013 to 2023. Via Internet (6. März 2013) <<http://www.cbo.gov/sites/default/files/cbofiles/attachments/43907-BudgetOutlook.pdf>>.
- CBO (Congressional Budget Office) (2013b). Automatic Reductions in Government Spending – aka Sequestration. Via Internet (6. März 2013) <<http://www.cbo.gov/publication/43961>>.